

Politik

Erzbischof Köln schimpft auf die Medien

Generalvikar Guido Assmann attackiert den oder die Whistleblower – „Nicht nach einem Drehbuch Dritter gehandelt“

■ **Köln.** Kardinal Rainer Maria Woelki soll Betroffene von sexuellem Missbrauch nach einem Drehbuch von PR-Experten instrumentalisiert haben: Das ist der Vorwurf, der derzeit das größte deutsche Bistum Köln bewegt. Nachdem der „Kölner Stadt-Anzeiger“ interne Akten veröffentlicht hatte, die die Kommunikation zwischen Erzbischof und PR-Experten zeigen, schwieg das Bistum zunächst. Nun gibt es eine Stellungnahme – allerdings nicht von Woelki persönlich, sondern von seinem Generalvikar Guido Assmann. Und der entschuldigt sich nicht, sondern geht in die Gegenoffensive und attackiert den oder die Whistleblower, die die internen Dokumente an die Medien durchgestochen hatten: Die Aufarbeitung von Missbrauchsfällen setze Vertrauen voraus – und da seien Indiskretionen nicht hilfreich.

Ein Blick in die Vergangenheit, um die Tragweite der aktuellen Diskussion einordnen zu können: 2020 hatte Woelki entschieden, ein seit Langem angekündigtes Gutachten zum Umgang von Bistumsverantwortlichen mit Vorwürfen des sexuellen Kindesmissbrauchs nicht zu veröffentlichen. Er führte rechtliche Gründe dafür an und gab stattdessen ein neues Gutachten in Auftrag.

Die Entscheidung war hochgradig umstritten und zog massive Kritik nach sich. Immerhin: Der Betroffenenbeirat des Erzbistums unterstützte Woelkis Vorgehen zunächst. Dann allerdings distanzieren sich die beiden Beiratssprecher Patrick Bauer und Karl Haucke davon, traten von ihren Ämtern zurück und warfen Woelki einen „erneuten Missbrauch von Missbrauchsopfern“ vor. „Wir wurden völlig überrannt“, sagte Bauer damals.

In der vergangenen Woche enthüllte nun der „Kölner Stadt-Anzeiger“, dass Woelkis Vorgehen offenbar auf die Empfehlung einer Kommunikationsagentur zurückging. Die PR-Strategen hatten ihm demnach geraten, den Betroffenenbeirat auf seine Seite zu ziehen, weil das seine Position stärken würde. Bekannt war bereits, dass sich Woelki die PR-Beratung 820 000 Euro hatte kosten lassen – und das, obwohl



Das Erzbistum Köln (im Bild Kardinal Rainer Maria Woelki) hat Vorwürfe möglicher Beeinflussung des Betroffenenbeirats bei der Aufklärung von Fällen sexuellen Missbrauchs zurückgewiesen. Man habe sich aber der Dienste einer PR-Agentur bedient. Foto: Rolf Vennenbernd/dpa, Hohe Domkirche zu Köln, Dombauhütte/dpa

das Erzbistum selbst eine große Medienabteilung unterhält. Woelki lehnte eine Stellungnahme zu dem Bericht des „Kölner Stadt-Anzeiger“ zunächst ab. Die Kritik schwoll immer weiter an, und die drei Dechanten – Regionalchefs – von Köln, Bonn und Wuppertal forderten gemeinsam eine Erklärung von Woelki. Ein vierter Dechant – aus Düsseldorf – schloss sich später an: „Einen Betroffenenbeirat zu instrumentalisieren und Journalisten zu manipulieren, geht für mich gar nicht“, sagte der Düsseldorf Stadtdechant Frank Heidkamp dem epd. „Deshalb erwarte ich möglichst bald eine Stellungnahme unseres Kardinals.“

Von der Presse aufgebauscht?

Das Erzbistum knickte schließlich ein und brach sein Schweigen – Woelkis Stellvertreter, Generalvi-

kar Guido Assmann, meldete sich zu Wort. Seine Botschaft: Da wird von der Presse wieder mal was aufgebauscht. Es stimme zwar, dass der Erzbischof damals die Dienste einer Kommunikationsagentur in Anspruch genommen habe, und die habe dann natürlich „für ihr Geld auch gearbeitet“ und „Szenarien entwickelt“. Das heiße aber nicht, dass das Erzbistum diese Vorschläge auch alle umgesetzt habe. Auf die Mitglieder des Betroffenenbeirats sei vor ihrem Votum keinerlei Druck ausgeübt worden. „Es gab nie das Ziel, diese zu einem bestimmten Stimmverhalten zu animieren“, versicherte Assmann. Wenn das später teilweise anders gesehen worden sei, zeige dies nur, „dass wir im Umgang mit Betroffenen noch sensibler werden müssen“. „Daraus wird in einigen Medien nun ein Riesenskandal gemacht. Ist es aber nicht“, so Assmann wörtlich in seiner Erklärung.

„Um bei der Aufklärung erfolgreich zu sein, bedarf es aber auch

einer Menge an Vertrauen bei den Betroffenen“, so Assmann weiter. „Darum wird es auch künftig ausgeschlossen sein, dass wir aus vertraulichen Papieren, vertraulichen E-Mails oder aus vertraulichen Gesprächen informieren.“ Wer dies auch nur dulde, „schadet dem gesamten Erzbistum, den Mitarbeitenden und nicht zuletzt denjenigen, die Betroffene sind“.

Beiratssprecher ist „erboost“

Patrick Bauer, einer der damals zurückgetretenen Beiratssprecher, sieht das etwas anders. Er sei „erboost und sauer“ über das Statement von Assmann, sagte Bauer der Deutschen Presse-Agentur. Der Punkt sei der, dass das Vorgehen des Erzbistums damals ganz offenbar von vornherein festgestanden habe und sich Woelki bei den Betroffenen nur noch deren Segen habe abholen wollen. Dies mit dem Ziel, in der Öffentlichkeit besser dazustehen – so wie es ihm seine PR-Strategen empfohlen hätten.

Besonders ärgert sich Bauer darüber, dass Guido Assmann in seinem Statement anmahnt, man solle doch miteinander und nicht übereinander reden. „Seit November 2020 hat weder Kardinal Woelki noch der damalige Generalvikar noch irgendjemand von der Kommunikationsabteilung mit mir geredet“, so Bauer. „Ich erwarte, dass man sich bei mir für all das entschuldigt, und das ist bis heute nicht geschehen“, so der ehemalige Beiratssprecher.

Der oberste Katholik von Bonn, Stadtdechant Wolfgang Picken, nimmt die Medien ausdrücklich in Schutz: „Es ist die Erfahrung der vergangenen Jahre, dass es ohne die Aufklärungsarbeit der Medien und eine kritische Debatte in der Öffentlichkeit keine hinreichende Transparenz über den Missbrauch in der Kirche und auch keine erfolgreiche Prävention gäbe.“ Statt Medienkritik sei aufseiten des Erzbistums vielmehr Selbstkritik angebracht. dpa/epd/md



Guido Assmann

Trump verweigert unter Eid die Aussage

Ex-US-Präsident nennt die Ermittlungen gegen sein Firmenimperium eine „Hexenjagd“

■ **New York/Washington.** Der frühere US-Präsident Donald Trump hat bei einer Befragung unter Eid durch New Yorks Generalstaatsanwältin Letitia James über Stunden hinweg immer wieder die Aussage verweigert. „Ich verlasse gerade das Büro der Generalstaatsanwältin – ein sehr professionelles Treffen“, schrieb Trump am Mittwoch auf dem von ihm mitbegründeten sozialen Netzwerk Truth Social. Die „New York Times“ schrieb unter Berufung auf Trump-Anwalt Ronald Fischetti, der 76 Jahre alte Ex-Präsident habe über vier Stunden hinweg inhaltlich nur eine einzige Frage beantwortet – nämlich die nach seinem Namen.

Die Zeitung berichtete, Trump habe eine Stellungnahme zu Protokoll gegeben, in der er die Ermittlungen zu seinen Geschäftspraktiken eine Fortsetzung „der größten Hexenjagd in der Geschichte unseres Landes“ genannt habe. James habe er vorgeworfen, sie habe im Wahlkampf offen mit „einer Politik der Zerstörung meiner Person“ geworben. Trump habe dann von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht, Antworten zu verweigern, wenn er sich selbst belasten könnte. Nach Beginn der Be-

fragung habe er stets mit den Worten „selbe Antwort“ reagiert.

Die „New York Times“ schrieb, das Treffen habe mit Pausen von 9.30 Uhr bis gegen 15 Uhr gedauert. Die eigentliche Befragung habe sich mit Unterbrechungen über rund vier Stunden erstreckt. Die Demokratin James leitet seit Jahren zivilrechtliche Ermittlungen gegen das Firmenimperium des Republikaners Trump. James zufolge sollen Trump und die Trump Organization ihre Finanzen je nach Bedarf großer oder kleiner gerechnet haben, um beispielsweise einfacher an Kredite zu kommen oder um weniger Steuern zu zahlen. Trumps Konzern weist das zurück. Trump schrieb am Mittwoch, er habe „ein fantastisches Unternehmen mit großen Vermögenswerten, sehr wenig Schulden und viel Bargeld. Nur in Amerika!“

Die Befragung in New York erfolgte zwei Tage nach einer Durchsuchung seines Anwesens Mar-a-Lago in Florida durch die Bundespolizei FBI in einer getrennten Angelegenheit. Der Vorgang gilt als beispiellos in der US-Geschichte. Hintergrund war offenbar der Umgang Trumps mit Dokumenten aus seiner Amtszeit. Anfang des Jahres



Donald Trump auf dem Weg zum Gericht Foto: Julia Nikhinson/AP/dpa

war bekannt geworden, dass das für die Aufbewahrung präsidialer Korrespondenz zuständige Nationalarchiv mehrere Kisten mit unter anderem vertraulichen Material in Mar-a-Lago vermutete. Trump übergab im Januar schließlich mehrere Dokumente der Behörde.

Danach sei es zu einem weiteren Austausch zwischen Ermittlern und Trumps Anwälten gekommen, hieß es. Die Beamten hätten schließlich den Verdacht gehabt, dass Trump oder sein Team weitere wichtige Unterlagen zurückhielten, schrieb die „Washington Post“ unter Berufung auf anonyme Quellen. Das FBI soll demnach nun bei der Durchsuchung zwölf Kisten mitgenommen haben. Trump war während der Durchsuchung selbst nicht in seinem Anwesen.

Trump schrieb auf Truth Social, seine Mitarbeiter hätten Anfang Juni auf Bitten des Justizministeriums und des FBI ein zusätzliches Schloss an dem Ort angebracht, an dem die Kisten gelagert wurden. „Am Montag brach dann ohne Ankündigung oder Vorwarnung eine Armee von Agenten in Mar-a-Lago ein, ging zu demselben Lagerbereich und riss das Schloss auf, um dessen Anbringung sie gebeten hatten. Ein Überraschungsangriff, Politik, und währenddessen geht unser Land zur Hölle!“

In dem zivilrechtlichen Verfahren in New York war Donald Trump einem Bericht von Fox News zufolge das letzte Mitglied der Familie, dessen Befragung noch ausstand. Seine Kinder Ivanka und Don jr. sagten demnach bereits aus. Nach dem Tod von Ivana Trump, seiner ersten Ehefrau, waren die im Juli geplanten Aussagen unter Eid des Ex-Präsidenten und der beiden gemeinsamen Kinder verschoben worden. Trump durfte die Aussage in der Sache verweigern, falls er sich damit selbst belastet.

Sohn Eric, der in der Sache bereits 2020 unter Eid aussagen musste, machte während seiner Befragung mehrere Hundert Male von diesem Recht Gebrauch. Allerdings könnte ein solcher Schritt in einem möglichen Prozess nachteilig ausgelegt werden. dpa

Nawalny gründet Gewerkschaft im Lager

Kremlgegner will sich für Gefangene einsetzen

■ **Moskau.** Der in einem russischen Straflager inhaftierte Kremlgegner Alexej Nawalny hat eigenen Angaben zufolge eine Gewerkschaft gegründet. „Hallo, hier spricht Nawalny – Anführer und Gründer der Gewerkschaft von Bürgern, die im Arbeitsbereich des Gefängnisystems angestellt sind“, ließ der 46-Jährige über sein Team auf Twitter schreiben. Rund 600 000 Menschen würden derzeit in Russlands Gefängnissen ausgebeutet, so Nawalny. Er werde sich bei Bedarf gern auch um die Belange der Wärter kümmern: „Arbeitsrechtlich gibt es zwischen uns keine Unterschiede“, stelle er fest. Die Lagerverwaltung habe sein formell beantragtes Unterfangen erst für einen Witz gehalten und dann für „illegal“ erklärt. Früher habe er andere Menschen immer wieder ermutigt, Gewerkschaften zu gründen, meinte der Oppositionspolitiker, der vor rund zwei Jahren nur knapp einen Giftanschlag überlebte und einige Monate später unter internationalem Protest inhaftiert wurde. Also müs-

se er es auch tun – „selbst dann, wenn es sich um den gefährlichsten Ort dafür handelt, an dem Streiks, Ungehorsam und Versammlungen explizit verboten sind“. Für einen Streik etwa riskiere man Folter, schrieb Nawalny.

Seine Mitinsassen fürchteten allerdings die Konsequenzen: „Jedes Mal, wenn ich davon spreche, sagen meine Mörderkumpels traurig: ‚Alexej, lass das. Deinetwegen werden sie uns alle nie freilassen.‘“ Deshalb sei er nun zu einer „Ein-Mann-Gewerkschaft“ geworden, schrieb Nawalny – und habe so schon einige „Siege“ erzielt können. So seien etwa die viel zu niedrigen Hocker in

seiner Nähwerkstatt mittlerweile durch richtige Stühle mit Lehnen ausgetauscht worden. „Alexej ist unglaublich cool“, lobte Nawalns Sprecherin Kira Jarmysch den Einsatz für die Rechte der Mitgefangenen. Russlands bekanntester Oppositioneller gilt international als politischer Gefangener. dpa

Foto: Vladimir Kondrashov/AP/dpa

Kompakt

Angriff auf Mitarbeiterin von Ausländerbehörde

■ **Wuppertal.** Im Wuppertaler Haus der Integration ist eine Mitarbeiterin der Ausländerbehörde bei einer Messerattacke schwer verletzt worden. Kollegen hatten den mutmaßlichen Täter bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten. Nach Angaben der Polizei haben die Beamten einen 20-Jährigen festgenommen. Nähere Angaben zu der Person und zum Verlauf der Tat machte die Polizei zunächst noch nicht. Nach ihren Informationen ist die 25-jährige Mitarbeiterin der Behörde schwer verletzt, Lebensgefahr bestehe nicht. Das Haus der Integration verbindet nach Angaben der Stadt Institutionen, die sich um Zugewanderte und Geflüchtete kümmern.

Kim Jong Un: Nordkorea hat Corona besiegt

■ **Seoul.** Drei Monate nach der erstmaligen Bestätigung eines Corona-Ausbruchs im Land hat Nordkorea eigenen Angaben zufolge das Virus besiegt. Machthaber Kim Jong Un habe feierlich den Sieg im Kampf um die Ausrottung des „neuen Coronavirus“ erklärt, berichteten die staatlich kontrollierten Medien. Die Kampagne gegen das Virus sei nun abgeschlossen, doch müsse Nordkorea weiter wachsam sein und die Grenzgebiete wirksam überwachen, wurde er zitiert. Seit fast zwei Wochen meldete das Land keine neuen Krankheits- oder Verdachtsfälle, die im Zusammenhang mit dem Ausbruch stehen. Es ist nach wie vor unklar, wie viele Corona-Infektionen es tatsächlich gegeben hat.

Boot mit Migranten sinkt nahe Rhodos

■ **Athen.** Nach einem Bootsunfall nahe der griechischen Ferieninsel Rhodos sucht die Küstenwache den zweiten Tag in Folge nach Überlebenden. Ein rund 15 Meter langes Boot mit Migranten an Bord war am Mittwoch gesunken. „Die Hoffnung schwindet, Überlebende zu finden“, sagte eine Sprecherin der Küstenwache. Bislang konnten die griechischen Behörden und ein vorbeifahrender Frachter 29 Menschen retten. Die Geretteten machten unterschiedliche Angaben über die Zahl der Menschen an Bord des untergegangenen Bootes. Es sollen 60 bis 80 gewesen sein. Bislang wurden keine Leichen gefunden. dpa



Alexej Nawalny